

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4506

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 M., bei Plakatschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Anhaltender Widerstand gegen die Entwaffnung.

Sahr kann noch nichts sagen.

München, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Obwohl der Ministerpräsident v. Sahr auf das Bestimmteste für Montagvormittag bindige Erklärungen über die Einwohnerwehrrage zugesichert hatte, erschien er nicht in der Sitzung des Haushaltsausschusses im Landtag. Der Vorsitzende erklärte mit, daß der Ministerpräsident nicht in der Lage sei, eine Erklärung abzugeben und daß er erst Dienstagvormittag voraussichtlich dazu in der Lage sein werde. Abg. Timm (S.P.) protestierte gegen dieses Verfahren. Genosse Sahr hatte sich ebenfalls zum Wort gemeldet, wurde aber am Sprechen verhindert durch einen Antrag der Koalitionsparteien auf Hebergang zur Tagesordnung. Unter hürnischen Protestrufen der Linken wurde dieser Antrag angenommen. Es kam dann zu heftigen Tumulten. Abg. Genosse Sahr rufte: Die Geschichte wird über diese Regierung zur Tagesordnung übergehen. Wir haben lange genug Geduld gehabt. Wenn Sie uns daran hindern, hier Stellung zu nehmen, dann zwingen Sie uns, zu andern Mitteln zu greifen. Hierauf wird zur Beratung eines Antrags über Steuererhöhungen übergegangen, nach dessen Erledigung die Sitzung auf Antrag der Rechtssozialisten vertagt wurde, um den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme zur politischen Lage zu geben.

Die Führer der Einwohnerwehr scheinen ihren Widerstand gegen die Entwaffnung nicht aufgegeben zu haben, obwohl die Reichsregierung nach einer Berliner Meldung, ohne die bayrische Antwort abzuwarten, ihre Entscheidung dahin getroffen hat, daß die bayrische Einwohnerwehr zu den vorgezeichneten Fristen zu entwaffnen und aufzulösen sei. Im Anschluß an die Webergabe dieser Entscheidung der Reichsregierung, für die bis jetzt noch keine amtliche Bestätigung hier vorliegt, schreiben die Münchner Neuesten Nachrichten in ihrer gestrigen Abendausgabe: „Es ist kein Zweifel, daß die Lage nunmehr infolge vieler Verzögerungen kritisch geworden ist. Vor allem die ägernde Art der Leitung der bayrischen Einwohnerwehr, die, wie unter dem übermächtigen Zwange der Entente notwendig, nicht sofort und freiwillig nachgab, hat die Lage verschärft und drängt jetzt die letzten Entschlüsse in wenige Stunden zusammen. Wer die Stellung des Ministerpräsidenten, die stets unbedingt und klar zutage getreten ist, kennt, wer von den inneren Konflikten weiß, in die Herr v. Sahr gerade durch die starre Haltung der Leitung der Einwohnerwehren gerathen worden ist, kann die Besorgnis nicht unterdrücken, es möchte unter den gegebenen Verhältnissen Herr v. Sahr die Grenze weisen, was er selbst mit sich zu verantworten hat, für überschritten halten und etwa zu dem Entschluß getrieben werden, von seinem Posten zurückzutreten. Das wäre, zumal ein solcher Schritt durchaus nicht notwendig ist, das Schlimmste, was an Komplikationen eintreten könnte.“

## Verbrecherisches Treiben.

München, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Münchner Korrespondent zuverlässig erfährt, reisen in den letzten Tagen Offiziere auf den Landorten und kleineren Städten umher und erklären in Versammlungen der Einwohnerwehren, daß die Einwohnerwehreinheit unter keinen Umständen ihre Waffen herzugeben dürften, gleichgültig, von wem der Befehl zur Entwaffnung kommen. Würde Gewalt angewendet, so sollten sie sich widerlegen und ihre Waffen gebrauchen. Gleichzeitig ist die Leitung der Einwohnerwehr bestrebt, die in den Städten, vor allem in München lagernden Waffen abzutransportieren und auf dem linken Rand, insbesondere im Voralpengebiet, zu verstecken.

## Selbstentwaffnung und Selbstauflösung?

München, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In den Münchner Morgenzeitungen wird die Lage allgemein so geschildert, daß die heute zu erwartende Erklärung des Ministerpräsidenten die Lösung der Entwaffnungsfrage bringen wird. Der Führer der Bayerischen Volkspartei habe die Leitung der Einwohnerwehren zu veranlassen versucht, aus freiem Antrieb, ohne Befehl der bayerischen Regierung abzuwarten, in der Entwaffnung und Auflösung das zu tun, was das Reich verlangen müsse, um der Entente gegenüber in klarer Form die Erfüllung des Ultimatums anzeigen zu können. Die Münchner Neuesten Nachrichten melden, daß gestern Abend der Abgeordnetenführer der Bayerischen Volkspartei diese seine Mission als erfüllt bezeichnet habe. Eine Besammlung aller Gauleiter der Einwohnerwehr habe gestern eine Mehrheit dafür ergeben, daß sofort alles zu tun sei, was unter dem Druck des Ultimatums durch die Reichsregierung von der bayerischen Regierung verlangt werden müsse.

Berlin, 31. Mai. (L.-U.) Der Berl. Lok.-Anz. erfährt zu der Meldung, daß die Liste der aufzulösenden Organisationen angelegt werden wird, aus München folgendes: Die Krise in Bayern scheint in letzter Stunde einer überraschenden Lösung entgegenzugehen. Man spricht von Selbstentwaffnung und Selbstauflösung der bayerischen Einwohnerwehren, so daß auch das Ministerium von Sahr und die bürgerliche Koalition erhalten bliebe.

Auch das Berliner Tageblatt bringt eine ähnliche Meldung aus München, in der es heißt, eine Versammlung sämtlicher Gau-

leiter der Einwohnerwehr habe das Ergebnis gehabt, daß eine Mehrzahl der Anwesenden entschlossen ist, die von der Reichsregierung infolge der Annahme des Ultimatums gestellte Forderung auf Entwaffnung durchzuführen.

## Die Liste der Reichsregierung. Kein Verbot der Orgelei.

Berlin, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, wird im Laufe des heutigen Tages an General Kossel die am 31. Mai fällige Liste überreicht werden, in der die Organisationen verzeichnet sind, die auf Grund des Entwaffnungsgesetzes verboten werden müssen, weil sie entweder der Waffenübung dienen oder aber zu Mobilisationszwecken Verwendung finden können. Die Liste ist aufgestellt auf Grund einer Umfrage, die die Reichsregierung an die Länder gerichtet hat. Die Antworten der Länder sind sehr verschieden ausgefallen, je nach der politischen Zusammensetzung der Landesregierungen. Die Reichsregierung hat deshalb, um eine einheitliche Liste zu erhalten, eine gewisse Schematisierung vornehmen müssen. Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, ist die Orgelei nicht unter den zu verbietenden Organisationen aufgeführt. Dagegen hat die preussische Regierung in ihrer Antwort an die Reichsregierung die Orgelei als eine zu verbietende Organisation bezeichnet. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Interalliierte Militärkommission diese Liste in bezug auf die fehlende Orgelei beanstanden und die Einschließung der Orgelei in die Liste verlangen wird.

## 200 Millionen Dollar überreicht.

Paris, 30. Mai. Um 12 Uhr mittags hat Regierungsrat Dr. Monnet als Stellvertreter des abwesenden Staatssekretärs Bergmann der Reparationskommission die 20. Stück Reichswechsel im Betrag von 200 Millionen Dollar mit folgendem Schreiben übermittelt:

„Im Auftrage meiner Regierung beehre ich mich hiermit, in Ausführung des Artikels 5 des Zahlungsplans vom 5. Mai und in der von der Reparationskommission gewünschten Fassung 20 Stück Reichswechsel mit dreimonatiger Laufzeit über je 10 000 000 = 200 000 000 Standard Dollar der Vereinigten Staaten von Amerika zu übermitteln, die sämtlich das Giro der Deutschen Bank, der Bank für Handel und Industrie, der Dresdner Bank und der Diskontogesellschaft tragen. Ein Betrag von 35 733 000 Dollar ist bereits, wie ich der Reparationskommission mit meinem Schreiben vom 28. Mai mitgeteilt habe, der Federal Reserve Bank in New York in der von der Reparationskommission gewünschten Art und Weise zugunsten der Banque de France bzw. der Bank of England auf das Konto der Reparationskommission bei diesen Banken überwiesen worden. Die deutsche Regierung bietet ferner der Reparationskommission sofort 15 Millionen Goldmark in französischen Frank an.“

## Das Urteil im zweiten Kriegsverbrecherprozess.

Hauptmann a. D. Müller wurde gestern vom Reichsgericht wegen Mißhandlung in neun Fällen, Zulassung solcher Mißhandlungen in einem Falle, vorchriftswidriger Behandlung in vier Fällen und Beleidigung in zwei Fällen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Von den übrigen Angeklagten wurde er freigesprochen. Sämtliche Kosten, auch die des Angeklagten, wurden auf die Reichskasse übernommen.

## Nachprüfung der Kriegsverbrecher-Urteile.

London, 30. Mai. Im Unterhause erklärte der Attorney-General Sir Gordonewart, es liege kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß nach Abschluß der gegenwärtigen Reihe der Kriegsverbrecher-Prozesse alle erheblichen Fragen einschließlich der gefällten Urteile von den in Betracht kommenden Mächten geprüft werden würden. Vor Eintreffen eines vollständigen Berichtes könne er nicht sagen, ob dem Parlament Gelegenheit gegeben werden würde, über die gefällten Urteile zu verhandeln.

## Der Streik der englischen Bergarbeiter. Finanzielle Unterstützung durch die russischen Gewerkschaften.

Helsingfors, 30. Mai. Der Moskauer Russische Gewerkschafts-Kongreß bewilligte zur Unterstützung der streikenden Kohlenarbeiter Englands eine Summe von 200 000 Goldrubel. Zu diesem Beschluß schreibt das Petersburger Gewerkschaftsblatt Nachowik: „In der europäischen Revolution liegt unsere Rettung. Wir haben das Feuer entzündet, wir müssen es auch mit allen Mitteln schüren.“

## Kein Zwangsschiedsgericht.

London, 30. Mai. (Kont.) Im Unterhause erklärte Lloyd George, die Regierung beabsichtige nicht, ein Zwangsschiedsgericht zur Beendigung des Kohlenstreiks einzuführen.

## Verhandlungen zur Beilegung des norwegischen Generalstreiks.

Christiania, 31. Mai. Heute haben Verhandlungen zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter begonnen, die morgen fortgesetzt werden sollen. — Das Justizministerium hat gegen die Zeitung Socialdemokraten wegen mehrerer Artikel, in denen die Behörden und besonders die Polizei kritisiert wurde, Strafantrag gestellt.

## Schwere Aufgaben.

Heute beginnt der Reichstag seine Sommertagung, die diesmal sehr lange dauern soll. Solange, bis alle Vorlagen, die die frühere Regierung als Erbschaft hinterlassen hat, aufgearbeitet und die neuen großen Aufgaben, die uns mit der Annahme des Ultimatums gestellt wurden, gelöst sind. Es sind gewaltige Aufgaben, aber die Auspizien, unter denen sie in Angriff genommen werden, die ungünstigsten: Die Reichsregierung, die die Lösung der großen Probleme auszuarbeiten und vor dem Reichstage zu vertreten hat, ist in den drei Wochen ihres Bestands kaum noch mit ihrer Bildung fertig geworden, da die bürgerlichen Parteien, die in ihr vertreten sind, ihrer alten Liebe und Geminnungsgenossin, der Deutschen Volkspartei, nicht untreu werden wollten. Erst mit der Ernennung Walter Rathenaus, des geschäftlichen und idealen Konkurrenten von Hugo Stinnes, zum Wiederaufbauminister, die eben vollzogen wurde, ist der Plan der „Verbreiterung der Regierungsbasis“ endgültig in der Verfertigung verschwunden und die Luft wenigstens von den ärgsten reaktionären Pestkeimen gereinigt.

Aber im selben Augenblick, in dem die Regierungsbildung bis auf den derzeit wichtigsten Posten, das Reichsfinanzministerium, das vorläufig noch vom Reichsfinanzminister Wirth verwaltet werden muß, gelungen ist, ist eine neue schwere Krise heraufgezogen, die nicht nur den Bestand der Reichsregierung, sondern des Reiches selbst zu gefährden droht. Die bayrische Regierung, deren Abhängigkeitsverhältnis von den bewaffneten Horden der Reaktion von unabhängiger Seite von allem Anfang an klar durchschaut worden war, hat in dem Augenblick, da die Entwaffnungsfrage in ihr entscheidendes Stadium getreten ist, vor der Eschericharmee die Waffen gestreckt und damit das Geständnis abgelegt, daß sie nicht einmal mehr die Vertreterin, sondern die Gefangene Escherichs ist. Die bayrische Regierung, die den Sturm angefaßt hat, als es noch in ihrer Macht lag, ihn zu beschwören, hat heute die Macht, ihn zu bändigen, längst verloren, und die Reichsregierung, die mit Geheiß das ungeliebte Erbschaft der früheren Regierung übernommen hat, überdietet sie womöglich noch an Machtlosigkeit. Es ist heute noch gar nicht abzusehen, wie die bayrische Regierung den Widerstand der Einwohnerwehren und Orgelestruppen, die viel mächtiger und einflußreicher sind als sie selbst, gegen die Entwaffnung und Auflösung brechen könnte, und erst recht nicht, wie der Reichsregierung, die der monarchistisch verfaßten Reichswehr noch weniger Herr ist als die reaktionäre Kahrregierung ihrer reaktionären Schutztruppe, ein solches Unternehmen gelingen könnte, zumal sie anscheinend nicht den Mut und die Energie aufbringt, dem widerläufigen Bayern, das den Frieden, den Wiederaufbau, ja den Bestand des Reiches bedroht, mit der Anwendung der wirtschaftlichen Machtmittel, die ihr zur Verfügung stehen, zu drohen. Solange aber der Reichsregierung, für die nunmehr auch die Rechtssozialisten verantwortlich sind, die Lösung der bayrischen Frage nicht gelingt, bleibt das Damoklesschwert der Verschärfung der Sanktionen, der Besetzung des Ruhrgebiets und des Verlustes des oberhalb des Industriegebiets über unserm Haupte schweben, so lange kann an eine Lösung der ungeheuren Aufgaben der Wiedergutmachung und der Produktionssteigerung und an eine fruchtbare Arbeit des Reichstags nicht gedacht werden.

Wenn aber diese schwere Frage gelöst ist, dann harret des Reichstags die schwerste und für die nächste Zukunft entscheidendste Aufgabe, die die Bedeutung dieser Tagung weit über die vorhergehenden hinaushebt: die Lösung der Frage, wie Volkswirtschaft und Reichskasse die schweren Lasten, die ihnen durch die finanziellen Wiedergutmachungsverpflichtungen auferlegt sind, tragen können. In der heftigen Diskussion, die darüber in der Presse aller Richtungen und Schattierungen entbrannt ist, ist, wie anerkannt werden muß, ein Fortschritt bisher erzielt worden: alle ernsthaften Politiker, selbst die bürgerlichen und sogar die demokratischen, die bisher am jähesten an den Traditionen des Liberalismus und Wirtschaftsindividualismus, der freien, d. h. plan- und regellosen Wirtschaft festgehalten haben, beginnen allmählich einzusehen, daß die heutige Wirtschaftsweise, in der die kapitalistischen Unternehmer über die Höhe, Art und das Schicksal der Produktion schrankenlos schalten und walten können, abgewirtschaftet habe, daß sie den gewaltigen Aufgaben gegenüber, die ihr bevorstehen, verlagern muß, daß neue Wege beschritten und neue Wirtschaftsmethoden gesucht werden müssen. Diese aufdämmernde Einsicht war es, die zur Ernennung Rathenaus geführt hat.

Rathenau ist ein Programm. Seine Ernennung ist der erste Schritt auf einem Wege, der einmal schon beschritten, aber bald wieder verlassen worden war: der Organisation der Wirtschaft. Die ersten Versuche dazu, die Wiffelsche Planwirtschaft, die heute nur mehr in kümmerlichen Rudimenten weiter vegetiert, mußten an ihrer Halbheit, an dem unglückseligen Gedanken, zwei einander diametral entgegengesetzte Wirtschaftsprinzipien, das kapitalistische und sozialistische miteinander zu verflochten — einem aus dem rechtssozialistischen Geist des Zusammenarbeitens von Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse geborenen Gedanken — elendiglich zu-